

Jürgen Gerhards (Hrsg.)

Die Vermessung kultureller Unterschiede

USA und Deutschland im Vergleich

Westdeutscher Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich

Inhaltsübersicht

<i>Jürgen Gerhards</i> Einleitende Bemerkungen.....	7
--	---

I. Politik und Wirtschaft

<i>Richard Münch</i> Politische Kultur, Demokratie und politische Regulierung: Deutschland und USA im Vergleich.....	15
<i>Dieter Fuchs</i> Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland.....	33
<i>Christian Joppke</i> Kultur und der Wandel der Staatsbürgerschaft: Deutschland und die USA im Vergleich.....	73
<i>Edeltraud Roller</i> Marktwirtschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Gerechtigkeitsprinzipien in Deutschland und den USA.....	89

II. Religion und Wissenschaft

<i>Rodney Stark</i> Die Religiosität der Deutschen und der Deutschamerikaner: Annäherung an ein „Experimentum Crucis“	111
<i>Stephen Kalberg</i> Formen der Interaktion von Akademikern. Eine Ebene des strukturierten Mißverständnisses.....	127

Alle Rechte vorbehalten
© Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden, 2000

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Fachverlagsgruppe BertelsmannSpringer.



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.westdeutschervlg.de

Höchste inhaltliche und technische Qualität unserer Produkte ist unser Ziel. Bei der Produktion und Verbreitung unserer Bücher wollen wir die Umwelt schonen: Dieses Buch ist auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Die Einschweißfolie besteht aus Polyäthylen und damit aus organischen Grundstoffen, die weder bei der Herstellung noch bei der Verbrennung Schadstoffe freisetzen.

Umschlaggestaltung: Horst Dieter Bürkle, Darmstadt
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz
Printed in Germany

Öffentlichkeit, Akteure und Deutungsmuster: Die Debatte über Abtreibungen in Deutschland und den USA

Jürgen Gerhards und Dieter Rucht

"Women like myself must be able to enter the job market on an equal footing. The right to an abortion helps neutralize the greatest weapon that employers have historically used against women - their anatomical destiny."
(Los Angeles Times, 29. März 1973)

"Abortion is a form of violence. That is the undeniable reality. Like the war in Indochina, it is the destruction of life." (Los Angeles Times, 20. August 1973)

1. Theoretischer Rahmen und Fragestellung¹

Die Frage der gesetzlichen Regelung von Abtreibungen und damit verbunden die Frage nach der Legitimität von Abtreibungen standen und stehen sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik seit den 60er bzw. den 70er Jahren dauerhaft auf der Agenda der politischen und öffentlichen Auseinandersetzungen (Rucht 1994; Lee 1998; Gante 1991). Der zentrale Streitpunkt der Debatte ist, ob und unter welchen Bedingungen Abtreibungen zulässig sind. Immer, wenn normative Fragen strittig werden, wird der als selbstverständlich unterstellte Geltungsanspruch zum Thema und provoziert Argumente und Deutungen zu seiner Stützung. Akteure, die sich an der Debatte über Abtreibungen beteiligen, benutzen Argumente und Deutungen zur Begründung ihrer Positionen; sie verknüpfen ihr Anliegen, wie die obigen Zitate aus der Los Angeles Times zeigen, mit gesellschaftlich geteilten Werten, zum Beispiel mit der Idee der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt oder mit der Idee des Lebensschutzes. Die Diskussionen um die gesetzliche Regelung von Abtreibungen lassen sich entsprechend als Definitionskämpfe über zentrale Werte einer Gesellschaft interpretieren.

Die Formulierung von politischen Positionen und Deutungen zur Begründung von Positionen erfolgt durch individuelle und kollektive Sprecher. In der Abtreibungsfrage hat sich in den beiden von uns analysierten Ländern eine Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren an den Debatten beteiligt. Das Spektrum umfaßt soziale Bewegungen - Frauenbewegung einerseits, Lebensschützer andererseits -, verschiedene Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Kliniken

¹ Die theoretische und empirische Grundlage der folgenden Ausführungen bildet ein von der Fritz Thyssen Stiftung, der National Science Foundation und dem German Academic Council gefördertes Projekt. Myra Marx Ferree und William A. Gamson, die beiden amerikanischen Kooperationspartner, haben eine frühere Fassung des folgenden Textes dankenswerterweise ausführlich kommentiert und vor allem kritisiert. Die Ergebnisse des amerikanisch-deutschen Vergleichs werden in Form einer Monographie publiziert (Ferree, Gamson, Gerhards und Rucht 2000); die Befunde der deutschen Teilstudie sind bereits veröffentlicht (Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998).

und Beratungseinrichtungen, juristische und medizinische Experten, Parteien und staatliche Akteure der Exekutive, Legislative und Judikative. Die Debatte dieser Akteure über das Abtreibungsthema findet dabei in unterschiedlichen Foren statt. Wir gehen davon aus, daß unter den Bedingungen moderner Demokratien die Massenmedien das entscheidende öffentliche Forum darstellen, und dies aus folgendem Grund: Die Medienforschung hat gezeigt, daß die Bürger das Geschehen in der Gesellschaft und die Deutungskämpfe über politische Themen in erster Linie über Massenmedien beobachten (vgl. Kiefer 1996) und davon beeinflußt ihre eigenen Präferenzen und Deutungen entwickeln; die Medien stellen insofern das System dar, über das sich die Gesellschaft selbst beobachten kann (Luhmann 1996). Die politischen Entscheidungsträger wissen von der Bedeutung des massenmedialen Forums und verhalten sich antizipatorisch oder reaktiv zum dort geführten Diskurs. Sie versuchen in den Medien als Sprecher präsent zu sein und ihre Deutungen von Themen zu lancieren. Entsprechend haben wir uns auf eine Analyse der massenmedialen Debatten konzentriert.

Um zu bestimmen, im welchem Maße Akteure erfolgreich auf die Medienberichte Einfluß nehmen, hat William A. Gamson (1999) vorgeschlagen, zwei Dimensionen zu unterscheiden:

a. In welchem Ausmaß gelingt es Akteuren, sich öffentliches Gehör zu verschaffen und in der öffentlichen Debatte zu Wort zu kommen und zitiert zu werden? Gamson bezeichnet den Erfolg, überhaupt und unabhängig von bestimmten Inhalten zu Wort zu kommen, als das "standing" eines Akteurs. "Standing" bezeichnet nicht die Tatsache, daß man in den Medien von anderen Sprechern thematisiert und gleichsam als Objekt behandelt und diskutiert wird; gemeint ist vielmehr, daß ein Akteur von den Medien zitiert wird. "Standing" spiegelt die öffentliche Akzeptanz eines Sprechers. Bedenkt man die Selektivitäten medialer Berichterstattung, so ist dies alles andere als selbstverständlich.

b. Selbst wenn es Akteuren gelingt, sich in der öffentlichen Debatte durchzusetzen und ein "standing" zu erreichen, ist damit noch nicht gesagt, womit sie zu Wort kommen. Mit Blick darauf haben wir den Erfolg eines Akteurs zweitens durch eine Erhebung und Messung der Inhalte der Kommunikation bestimmt. Dabei konzentrieren wir uns auf eine Messung der Deutungsmuster, die Akteure zur Interpretation des Abtreibungsthemas benutzen. Wir bezeichnen die Verwendung von Deutungsmustern auch als das "framing" der Debatte und fragen entsprechend nach der Häufigkeit, mit der Akteure ihre Deutungsmuster zum Thema Abtreibung in der Öffentlichkeit plazieren können.

Entlang dieser Dimensionierung gehen wir im folgenden zwei Fragestellungen nach: 1. Welche "standing"-Unterschiede in der öffentlichen Debatte über Abtreibungen gibt es zwischen Deutschland und den USA, und wie kann man diese Unterschiede erklären (Kapitel 3)? 2. Welche "framing"-Unterschiede in der öffentlichen Debatte über Abtreibungen bestehen zwischen Deutschland und USA, und wie kann man diese Unterschiede erklären (Kapitel 4)? Vor dem Versuch einer Antwort auf diese beiden Fragen werden die Methoden der Datenerhebung und der Auswertung erläutert (Kapitel 2).

2. Daten und Methoden

Die empirische Grundlage der Ausführungen bildet zum einen eine Inhaltsanalyse der öffentlichen Debatte über Abtreibung in der Zeit von 1964 (USA) bzw. 1970 (Deutschland) bis 1994, zum anderen eine Befragung der kollektiven Akteure, die sich an der Abtreibungsdebatte beteiligt haben.

a. Inhaltsanalyse: Öffentliche Debatten über das Abtreibungsthema messen wir durch eine Analyse der massenmedialen Debatten über Abtreibungen. Hierbei beschränken wir uns auf zwei überregionale Qualitätszeitungen pro Land: "New York Times" und "Los Angeles Times" einerseits, "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) und "Süddeutsche Zeitung" (SZ) andererseits. Die Beschränkung auf sogenannte Qualitätszeitungen beruht auf folgenden Prämissen: Zum einen haben Prestigemedien einen großen Einfluß innerhalb des Mediensystems, indem die von ihnen aufgegriffenen Themen in andere Medien diffundieren. In der Medienforschung wird dieser Einfluß als "Inter-Media Agenda Setting" bezeichnet (Noelle-Neumann und Mathes 1987). Zum anderen müssen öffentliche Diskussionen, um politisch wirksam werden zu können, von politischen Entscheidungsträgern wahrgenommen werden. Empirische Untersuchungen belegen, daß Entscheidungsträger in erster Linie Qualitätszeitungen rezipieren (Wittkämper et al. 1992; Herzog et al. 1990). In Deutschland sind FAZ und SZ die beiden Tageszeitungen, die von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages am häufigsten gelesen werden (Gerhards 1991: 44 ff.).

Die Grundgesamtheit der durchgeführten Inhaltsanalyse bilden alle in den vier Zeitungen veröffentlichten Artikel zum Thema Abtreibung.² Die Codiereinheit des inhaltsanalytischen Kategoriensystems sind zum einen der Artikel, zum anderen die verschiedenen Aussagen innerhalb der Artikel. Das Definitionskriterium für eine Aussage war formaler Art: ein Akteur, der entweder wörtlich (in Anführungszeichen) oder in der indirekten Rede (Konjunktiv) zu Wort kommt. Codiert wurden der Name und das Geschlecht des Sprechers sowie die Organisation, der der individuelle Sprecher angehört. Diese Operationalisierung von Aussagen ermöglicht es, zwei verschiedene Aussageträger bzw. Sprecher zu unterscheiden: extramediale Akteure wie z.B. Parteien, soziale Bewegungen und die Judikative einerseits und Journalisten andererseits. Der Journalist wurde nur dann als Aussageträger codiert, wenn er nicht als Vermittler ("Chronist") von Aussagen extramedialer Akteure sondern als eigenständiger Sprecher auftritt. Das "standing" von Akteuren haben wir als die Menge der Aussagen gemessen, die ein Sprecher im Vergleich zu anderen Sprechern zum Thema Abtreibung in den von uns analysierten Zeitungen machen konnte.³

² Wir haben in den USA und Deutschland mit unterschiedlichen Stichproben gearbeitet: In Deutschland wurde für die Jahre 1980-1994 eine Vollerhebung, für den Zeitraum 1970-1979 aus forschungsökonomischen Gründen eine Zufallsstichprobe von 50 Prozent der erschienenen Artikel zum Abtreibungsthema analysiert; wenn in diesem Zeitraum pro Jahr weniger als 10 Artikel vorlagen, wurde auch hier eine Vollerhebung durchgeführt. Für die Datenauswertung haben wir die Jahrgänge, in denen nur 50 % der Artikel erhoben wurde, um den Faktor 2 gewichtet; die dadurch erhöhte Anzahl an Artikeln und Aussagen haben wir dann gleichmäßig über alle Jahre zurückgewichtet, so daß das N unserer Analysen dem N der faktisch erhobenen Daten entspricht.

Die Anzahl der publizierten Artikel zum Thema Abtreibung in den USA ist weit höher als in der Bundesrepublik; insofern war eine Vollerhebung nicht möglich. Eine Schätzung der Grundgesamtheit aller zum Thema Abtreibung publizierten Artikel haben wir über den New York Times Index erhalten. Wir haben für verschiedene Jahrgänge unterschiedliche Stichproben gezogen, dann die Jahrgänge jeweils mit einem Faktor multipliziert, so daß das Produkt der Gesamtzahl der Artikel pro Jahr, wie sie sich aus dem New York Times Index ergibt, entspricht; schließlich haben wir auch hier die durch diese Gewichtung erhöhte Anzahl an Artikeln und Aussagen gleichmäßig über alle Jahre zurückgewichtet, so daß das N unserer Analysen dem N der faktisch erhobenen Daten entspricht.

³ Immer wenn ein Sprecher mit einer Äußerung zum Abtreibungsthema in den Medien zu Wort kam, wurde dies als Aussage ganz unabhängig von ihrem Inhalt codiert. Sprecher können extramediale individuelle und kollektive Akteure und die Journalisten der Zeitungen selbst sein. Wir haben für die folgenden Analysen die Journalisten als Sprecher aus der Analyse ausgeschlossen; in den USA entfallen 26,4 %, in Deutschland 20,2 % der Aussagen auf Journalisten.

Innerhalb der Klasse aller so erhobenen Aussagen haben wir je nach Aussageobjekt mehrere Arten von Aussagen unterschieden. Eine der inhaltlich differenzierbaren Aussageklassen bilden sogenannte Idee-Elemente.⁴ Dies sind Aussagen, die das Thema in unterschiedlichen Deutungsmustern einbinden. Mit der Erhebung von Idee-Elementen wollen wir die interpretatorische Rahmung des Abtreibungsthemas durch Plazierung des Themas in unterschiedliche Bedeutungsrahmen ("frames") messen. Das Thema Abtreibung kann, wie die beiden zu Beginn des Artikels zitierten Aussagen aus der Los Angeles Times verdeutlichen, recht unterschiedlich gedeutet und in verschiedene Deutungsmuster eingepaßt werden: zum Beispiel als Frage nach sozialer Gerechtigkeit zwischen verschiedenen sozialen Schichten (bei Illegalität können sich reiche Frauen eine Abtreibung leisten, nicht aber Frauen aus unteren Schichten), als Frage weiblicher Selbstbestimmung ("mein Bauch gehört mir") oder als Frage, ob dem Staat überhaupt das Recht zusteht, die private Entscheidungssituation gesetzlich zu regeln. Abhängig vom verwendeten Deutungsmuster erhält das Thema jeweils eine andere Bedeutung und, damit verbunden, eine andere Überzeugungsqualität.

Wir haben insgesamt acht Deutungsrahmen unterschieden. Jeder der acht Rahmen ist weiter in Teilrahmen differenziert. Innerhalb der Teilrahmen finden sich dann als eigentliche Variablenausprägungen Idee-Elemente, von denen 277 identifiziert wurden. Die Inhaltsanalyse stellt den anspruchsvollen und sehr aufwendigen Versuch dar, innerhalb des "weichen" Feldes einer Deutungsmusteranalyse mit den eher "harten" Erhebungstechniken einer systematischen und dann quantifizierbaren Inhaltsanalyse zu arbeiten (vgl. dazu Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998).

b. Akteursbefragung: Wir gehen davon aus, daß die Ausstattung der Akteure mit Ressourcen, ihre strategischen Präferenzen und ihre Vernetzung untereinander wichtige Faktoren zur Erklärung ihres Erfolgs sind, ein "standing" in den Medien zu erreichen. Deswegen wurde die Inhaltsanalyse ergänzt durch eine Befragung eines Teils der *kollektiven* Akteure, die sich an der öffentlichen Debatte über Abtreibungen beteiligt hatte. Wir haben die Akteure auf der Basis der Ergebnisse der Inhaltsanalyse der Medien in drei Gruppen mit hohem, mittlerem und geringem "standing" eingeteilt und aus jeder dieser Gruppe eine Auswahl vorgenommen. In Deutschland haben sich von den 150 ausgewählten kollektiven Akteuren 94, in den USA von 90 Akteuren 55 an der schriftlichen Befragung beteiligt. Zusätzlich haben wir mit einem Teil der schriftlich befragten Akteure und mit einigen Journalisten der vier Zeitungen mündliche, halbstrukturierte Interviews durchgeführt, um Hintergrundinformationen über Strategien der Medienbeeinflussung durch kollektive Akteure und die journalistischen Selektionskriterien zu erhalten.

⁴ Die Idee-Kategorien des Codebuchs sind durch Beispielaussagen illustriert. Codiert wurde immer nur das Vorkommen einer Idee. Insofern hat diese Variable ein nominales Skalenniveau. Die Rahmen, die Teilrahmen und die Ideen selbst sind nicht formal-syntaktisch, sondern inhaltlich-semantisch definiert.

⁵ Der Begriff "frame" ist von David Snow et al. (1986: 464) in Erweiterung einer Begriffsdefinition von Erving Goffman folgendermaßen definiert worden: Er bezeichnet "schemata of interpretation that enable individuals to locate, perceive, identify, and label occurrences within their life space and the world at large. By rendering events or occurrences meaningful, frames function to organize experience and guide action, whether individual or collective". Obwohl die Bedeutung von "Frames" für die politische Kommunikation in vielen theoretischen Arbeiten, besonders im Bereich der Forschung zu sozialen Bewegungen, betont worden ist (Snow et al. 1986; Snow und Benford 1988), sind empirische Arbeiten zum Thema nur spärlich vorhanden (vgl. Gamson und Modigliani 1989; Gerhards und Rucht 1992) und haben meist einen explorativen und qualitativen Charakter.

3. "Standing"-Unterschiede und ihre Ursachen

In öffentlichen Debatten zu Wort zu kommen, ist eine notwendige Voraussetzung dafür, daß man von anderen wahrgenommen wird und damit Einfluß auf den öffentlichen Diskurs nehmen kann. Wir bestimmen das "standing" eines Akteurs durch die relative Häufigkeit, mit der ein Akteur in der öffentlichen Debatte zu Wort kommt. Die verschiedenen kollektiven Akteure, die in den Medien zu Wort kommen, wurden zu Akteursfamilien aggregiert. Die Kategorie "Staat" umfaßt alle Sprecher der Exekutive, der Legislative und der Judikative von der lokalen Ebene bis zur bundesstaatlichen Ebene. Die Kategorie "Partei" umfaßt neben den Parteien auch deren Jugendorganisationen und andere Suborganisationen. Häufig treten Akteure als Sprecher einer Institution auf und werden, falls sie Mitglied einer Partei sind, gleichzeitig mit ihrer Parteimitgliedschaft erwähnt (z. B. Bundeskanzler Helmut Kohl - CDU). In diesem Fall werden wir für die folgenden Auswertungen die Sprecher allein der erst genannten Organisation zuordnen (Helmut Kohl wird z. B. als Sprecher der Exekutive und nicht der CDU klassifiziert).

Die Sprecher aus dem Bereich der Zivilgesellschaft können individuelle oder kollektive Sprecher sein. Die Kategorie "individuelle Sprecher" umfaßt Menschen "auf der Straße", die zitiert werden, sowie berühmte Persönlichkeiten, Intellektuelle und Experten, die nicht für eine Organisation sprechen bzw. dieser als Repräsentant zugeordnet werden können.⁶ Die Klasse der kollektiven Akteure innerhalb der Akteure der Zivilgesellschaft haben wir weiter differenziert in soziale Bewegungen (Pro-Life und Pro-Choice), kirchliche Organisationen und eine Restkategorie "Andere Akteure". Tabelle 1 gibt uns einen Überblick über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten im "standing" der verschiedenen aggregierten Akteure in Deutschland und in den USA.

Vergleicht man zuerst die Prozentsatzunterschiede der aggregierten Kategorien - staatliche Akteure einerseits, Parteien und Akteure der Zivilgesellschaft andererseits -, dann wird erkennbar, daß in Deutschland die öffentliche Debatte von den staatlichen Sprechern beherrscht wurde, während in den USA die Akteure der Zivilgesellschaft das höchste "standing" für sich verbuchen können; hinzu kommt, daß die Parteien in Deutschland sechsmal so häufig als Sprecher auftreten wie in den USA.

Diese Unterschiede im "standing" kollektiver Akteure in der medialen Arena lassen sich genauer spezifizieren. Innerhalb der Kategorie "staatliche Akteure" sind vor allem die Unterschiede der Legislative bedeutsam, welche in Deutschland ein doppelt so hohes "standing" erreicht wie in den USA; die Unterschiede im Hinblick auf die Exekutive und Judikative sind hingegen eher marginal. Für die "Akteure der Zivilgesellschaft" gilt, daß alle dort zusammengefaßten Akteure - mit Ausnahme der Kirchen - in den USA ein höheres "standing" erreichen als in der Bundesrepublik. Die Unterschiede zwischen den als "andere Akteure" zusammengefaßten Sprechern⁷ sind vor allem durch den höheren Anteil an Sprechern von Abtreibungskliniken und Krankenhäusern in den USA bedingt. In der Bundesrepublik gibt es kaum zentrale Einrichtungen, in denen eine Vielzahl von Abtreibungen durchgeführt werden.

⁶ Einen Hochschullehrer des Strafrechts, der zitiert wird, kann man z.B. nicht seiner Universität zuordnen, weil er nicht als Repräsentant der Universität auftritt

⁷ In dieser Kategorie haben wir Gewerkschaften, Industrie- und Arbeitgeberverbände, Berufsverbände, humanitäre Gruppen etc. zusammengefaßt.

Tabelle 1: "Standing" von kollektiven Akteuren zum Thema Abtreibung in den Medien in den USA und in Deutschland in Prozent

	Deutschland	USA
Staat	58,4	37,7
Exekutive	17,4	18,3
Legislative	33,0	12,0
Judikative	8,1	7,4
Parteien	14,6	2,2
Zivilgesellschaft	27,1	59,9
Kirchen und Religionsg.	12,1	8,9
Katholiken	8,0	6,6
Protestanten	3,7	1,8
Andere	0,4	0,3
Andere Akteure	4,8	10,3
davon Kliniken und Krankenhäuser	0,0	4,0
Pro-Life-Bewegung	1,0	9,6
Pro-Choice-Bewegung	0,9	13,4
Individuelle Sprecher	8,3	17,7
	N=4586	N=6137

Entsprechend können diese auch nicht öffentlich diskutiert und durch Proteste und Anschläge behelligt werden, und entsprechend gibt es auch keine Sprecher dieser Kliniken, die sich legitimieren müssen.

Besonders signifikant sind die Unterschiede im "standing" der individuellen Sprecher. Das "standing" der individuellen Sprecher in den USA ist doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. Die deutlichsten Unterschiede ergeben sich aber im Hinblick auf das "standing" der sozialen Bewegungen: Die Frauenbewegung einerseits und die Lebensschützer andererseits spielen in Deutschland keine Rolle in der öffentlichen Debatte; sie kommen insgesamt in 1,9 % der Fälle zu Wort. Das Gewicht der Pro-Life-Bewegung und der Pro-Choice-Bewegung in den USA ist mit 23 % zwölfmal höher als in Deutschland.

Fassen wir die zentralen Differenzen zwischen den beiden Ländern im Hinblick auf das "standing" kollektiver Akteure zusammen: Die Legislative und die Parteien sind in der deutschen medialen Debatte über die Abtreibungsfrage im Vergleich zu den USA deutlich überrepräsentiert, während in den USA die individuellen Sprecher und vor allem die sozialen Bewegungen weitaus stärker im öffentlichen Diskurs repräsentiert sind und damit die Chance erhalten, die Debatte mit zu strukturieren. Dies führt auf der aggregierten Ebene zu dem Befund eines staatszentrierten Diskurses in Deutschland und eines von der Zivilgesellschaft dominierten Diskurses in den USA.

Worauf kann man nun die beschriebenen Unterschiede zurückführen? Wir sind nicht in der Lage, eine stringente Erklärung zu präsentieren, in der verschiedene Ursachenfaktoren in ihrem relationalen Einfluß auf die abhängige Variable bestimmt werden. Die hier angebotene Erklärung fußt auf Plausibilitätsargumenten, die nur zum Teil empirisch abgesichert sind. Wir starten mit der Formulierung von drei allgemeinen Hypothesen, die "standing"-Differenzen verschiedener Akteursklassen in den Medien der Bundesrepublik und der USA erklären. Län-

der sind bekanntlich keine soziologisch relevanten Kategorien, sie müssen aufgelöst werden in soziale Bedingungsfaktoren, die "hinter" den jeweiligen Länder lagern.⁸

1. Die Massenkommunikationsforschung hat mehrfach gezeigt, daß der Nachrichtenwert einer Information einen wichtiger Prädiktor für die Chance darstellt, daß eine Information als vom Journalisten mitteilenswert erachtet wird (Galtung und Ruge 1965; Schulz 1976; 1987; 1997; Staab 1990; Eilders 1997; Eilders und Wirth 1999). Die meisten der in der Literatur diskutierten Nachrichtenfaktoren beziehen sich auf die Inhalte und weniger auf die Sprecher der Kommunikation. Der Status eines Sprechers ist derjenige Nachrichtenfaktor, der zur Erklärung des "standings" von Sprechern benutzt wird (Schulz 1997: 68 ff.). Status wird von Schulz (1997: 70) als die Macht eines Akteurs bestimmt, wobei Macht als die Chance verstanden werden kann, den eigenen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen (Weber 1980: 28). Macht ist aber kein Attribut, das dem Akteur von Journalisten und damit dem Mediensystem willkürlich zugeschrieben wird, sondern sie ergibt sich weitgehend aus der Stellung, die der Akteur innerhalb des politischen Systems besitzt. Der Nachrichtenfaktor Status verweist also auf die Machtstruktur des politischen Systems. Medien berichten entsprechend häufiger und ausführlicher über Akteure, die mit großer Macht ausgestattet sind. Die Struktur des politischen Systems definiert also die Chance für Akteure, in den Medien ein hohes oder niedriges "standing" zu erreichen. Dies wiederum hat wahrscheinlich folgenden Grund: Je mächtiger Akteure sind, desto eher werden sie für die Bürger relevante Entscheidungen treffen können. Wenn die Medien die Machtstrukturen des politischen Systems abbilden, dann orientieren sie sich damit vermittelt an den Relevanzkriterien der Bürger und damit an denjenigen, die ihr Produkt kaufen und lesen sollen (vgl. Gerhards 1999). Aus diesen Überlegungen kann man eine allgemeine Hypothese ableiten: Je mächtiger ein Akteur im politischen System, desto wahrscheinlicher ist es, daß seine Entscheidungen die Bürger tangieren werden, desto mehr wollen die Bürger von diesem Entscheidungsträger erfahren und desto häufiger kommt dieser Akteur zu Wort. Dieser Zusammenhang vermag die Responsivität der Medien im Hinblick auf die Machtstruktur des politischen Systems zu erklären.⁹ Wir vermuten, daß ein Teil der festgestellten Unterschiede im Medien-"standing" durch die unterschiedliche Macht, die gleichartige Akteure (z. B. Parteien) in den USA bzw. in der Bundesrepublik genießen, erklärt werden kann.

2. Neben der Macht, die ein Akteur innerhalb des politischen System hat, spielt seine Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Frage, ob es gelingt, in den Medien zitiert zu werden oder nicht. Der Zugang zu den Medien wird entscheidend durch das Angebot bestimmt, das Redaktionen insbesondere von kollektiven Akteuren erhalten (Cobb, Ross und Ross 1976; Baerns 1985; Barth und Donsbach 1992). Für Journalisten ist es rational, sich auf das Angebot an Äußerungen zu beziehen, das sie durch Pressemitteilungen der kollektiven Akteure erhalten: Es erspart ihnen vor allem Zeit und Mühe, selbst zu recherchieren (Tuchman 1972). Die Öffentlichkeitsarbeit von Akteuren wiederum ist bestimmt durch den Wert, den Akteure der Öffentlichkeitsarbeit einräumen, und die Ressourcen, die sie dafür aufwenden

⁸ Die Vorstellung ist zuerst von Emile Durkheim in seinem Diktum, Soziales solle allein durch Soziales erklärt werden, formuliert worden. Przeworski und Teune (1970) verdeutlichen die Logik des Arguments an einem nicht-sozialwissenschaftlichem Beispiel: Wenn man feststellt, daß das Wasser in New York zu einer anderen Temperatur siedet als in Denver, dann sind die beiden Orte keine gute Erklärung für den unterschiedlichen Siedepunkt des Wassers in den beiden Städten. Hinter den Orten verbirgt sich die Höhe über dem Meeresspiegel als erklärende Variable, und da Denver höher gelegen ist als New York, siedet dort das Wasser bei einer niedrigeren Temperatur.

⁹ Eine von William Gamson interviewte Journalistin der New York Times nennt dies "the imperative to quote somebody who is a spokesperson for a group with public name recognition because you have to discharge your duty to take care of that side".

können. Akteure, denen Öffentlichkeitsarbeit nicht wichtig ist oder die aus ideologischen Gründen eine Kooperation mit den Medien verweigern, werden ein geringeres "standing" aufweisen als Akteure, die viel in Öffentlichkeitsarbeit investieren. Relevante Ressourcen in diesem Zusammenhang sind Geld, Personal und die Professionalität der Öffentlichkeitsarbeit. Aus diesen Überlegungen kann man wiederum eine allgemeine Hypothese ableiten: Je umfangreicher die Ressourcen eines Akteurs für die Öffentlichkeitsarbeit sind und je wichtiger ihm die Öffentlichkeitsarbeit ist, desto größer wird sein "standing" in der öffentlichen Debatte sein.

3. Schließlich vermuten wir, daß die Struktur des Mediensystems und die normativen Orientierungen der Journalisten einen Einfluß auf ihre gate-keeper Entscheidungen haben und entsprechend das mediale "standing" von extramedialen Akteuren beeinflussen. Während die Struktur der von uns untersuchten Medien ähnlich gelagert ist (bei allen vier von uns analysierten Zeitungen handelt es sich um überregionale Qualitätszeitungen, die von gebildeten Schichten gelesen werden, privatwirtschaftlich organisiert sind und sich durch Werbung, Anzeigen und Verkauf finanzieren), vermuten wir, daß sich die journalistischen Normen in beiden Ländern voneinander unterscheiden. Mit normativen Orientierungen der Journalisten bezeichnen wir u.a. deren Vorstellungen darüber, wer in einer öffentlichen Debatte repräsentiert sein soll. In der Medienforschung werden die normativen Orientierungen von Journalisten und ihren Redaktionen meist als politisch-ideologische Orientierungen operationalisiert (Kepplinger 1985). Medien favorisieren je nach ihrer "redaktionellen Linie", so die Annahme, die extramedialen Akteure, die ihrer weltanschaulichen bzw. politischen Orientierung am nächsten kommen. Da in der Tabelle 1 die Akteure nicht nach ihrer ideologischen Orientierung klassifiziert sind, sondern nach ihrer sozialen Position, kann für diesen Fall und die hier im Fokus stehende Fragestellung die ideologische Orientierung der Journalisten auch keine adäquate Erklärung für die "standing"-Unterschiede sein.¹⁰ Von den politisch-ideologischen Orientierungen der Journalisten kann man aber Normen unterscheiden, die sich auf die Sozialposition von kollektiven Akteuren beziehen und selbst wiederum Ausdruck der politischen Kultur eines Landes sind. Diese These ist von Herbert Gans formuliert worden. "Like other empirical disciplines, the news does not limit itself to reality judgements; it also contains values, or preference statements. This in turn makes it possible to suggest that there is, underlying the news, a picture of nation and society as it ought to be" (Gans 1980: 39). Wir vermuten, daß die Journalisten in den USA andere normative Orientierungen aufweisen als die Journalisten in der Bundesrepublik und daß diese Unterschiede sich auf ihre Präferenzen auswirken, bestimmte Akteure bevorzugt zu Wort kommen zu lassen. Unsere Hypothese in diesem Zusammenhang lautet, daß die Journalisten in Deutschland im stärkeren Maße staatszentriert sind und in den USA im stärkeren Maße eine zivilgesellschaftliche Orientierung aufweisen.

Wir werden im folgenden versuchen, die drei allgemeinen Hypothesen zur Erklärung der "standing"-Unterschiede zwischen Deutschland und USA heranzuziehen. Dabei konzentrieren wir uns auf die Erklärung von zwei zentralen Unterschieden: (a) Warum sind die staatlichen Akteure und die Parteien in Deutschland so dominant und in den USA relativ schwach vertreten? (b) Warum sind die individuellen Sprecher und die sozialen Bewegungen in den USA so stark und in Deutschland so schwach vertreten?

a. Wie schon gesagt, führen wir die Stärke der staatlichen Akteure (und hier vor allem der Legislative) und der Parteien in Deutschland auf die Machtstruktur des politischen Systems

einerseits und die normativen Orientierungen der Journalisten zurück. Die Bundesrepublik ist im Unterschied zu den USA eine parlamentarische Demokratie, in der der Legislative eine weit wichtigere Rolle zukommt als in präsidentialen Systemen. Neben Gesetzgebungs-, Kontroll-, Repräsentations- und Legitimationsfunktion hat das Parlament in erster Linie die Aufgabe der Regierungsbildung. Die Exekutive geht aus der Legislative hervor und ist dauerhaft von deren Mehrheitsentscheidungen abhängig. Diese im Institutionengefüge des politischen Systems der Bundesrepublik und vor allem in der Verfassung verankerte Sonderstellung des Parlaments stattet dieses mit einer besonderen Macht aus. Dies gilt auch im besonderen Fall der politischen Regelung der Abtreibungsfrage. Die Legislative und speziell der Deutsche Bundestag spielte in der politischen Entscheidung über die Abtreibungsfrage die entscheidende Rolle, insofern hier die rechtlich verbindliche Entscheidung im Hinblick auf die Abtreibungsfrage für die gesamte Bundesrepublik getroffen wurde. Anders in den USA. In einem Präsidentsystem ist die Machtbefugnis des Parlaments begrenzter, die Spitze der Exekutive geht nicht aus dem Parlament hervor, sondern wird vom Volk direkt gewählt. Die Machtbefugnis der Legislative im Hinblick auf die Abtreibungsfrage ist ebenfalls beschränkter: Die rechtliche Regelung ist auf die Einzelstaaten verlagert. Diese unterschiedlich institutionell festgelegten Zuständigkeiten und Machtausstattungen führen in der Folge zu einem unterschiedlich starken Engagement der Legislative, und dieses wiederum führt zu einer unterschiedlichen Berichterstattung in den Medien. Zwei empirische Messungen unterstützen diese Hypothese:

Der Verlauf der öffentlichen Debatte in der Bundesrepublik ist im hohen Maße mit den legislativen Entscheidungsprozessen synchronisiert. Die Verteilung der Aussagen über den Zeitraum 1970 bis 1994 ist zweigipflig, wobei die Gipfel den Phasen der Entscheidungsprozesse in der Legislative entsprechen (1974-1976 und 1990 bis 1994). Wir haben zudem pro Artikel die jeweilige politische Arena erhoben, in der das politische Geschehen stattgefunden hat. Betrachtet man allein die Artikel, die über die legislative Arena berichten, dann nähert sich das "standing" der Legislative in beiden Ländern doch erheblich an: 55,2 % der Sprecher in Deutschland und 44,9 % der Sprecher in den USA gehören der Legislative an, sofern diese die Arena der Berichterstattung darstellt.

Aber immer noch bleibt ein Unterschied insofern bestehen, als die Legislative in Deutschland dominanter ist als in den USA - und zwar sowohl in den Zeiten, in denen keine legislativen Entscheidungen anstanden als auch dann, wenn die Legislative die zentrale Arena bildet. Zwei Faktoren können möglicherweise diesen Sachverhalt erklären. Zum einen wird der generalisierte Status und die generalisierte Macht, die ein Akteur qua Position im politischen System genießt, Ausstrahlungseffekte auf die Bereiche und die Zeitphasen haben, in denen seine spezifische Machtkompetenz nicht so hoch einzuschätzen ist.¹¹ Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die sich über mehrere Jahre mit einer Reform des § 218 beschäftigt haben, werden sich auch in den Phasen zu Wort melden und vor allem auch von den Journalisten nachgefragt werden, in denen keine politischen Entscheidungen anstehen.

Zum zweiten vermuten wir, daß die amerikanischen Journalisten aktiver in der Eigenrecherche sind, während sich ihre deutschen Kollegen stärker auf die öffentlichen Verlautbarungen staatlicher Akteure verlassen und insofern staatszentrierter sind. Einer der zentralen Werte der amerikanischen Kultur, der sich laut Gans dann auch im journalistischen Handeln widerspiegelt, ist der der aktiven Beteiligung der Bürger an der Öffentlichkeit: "Citizen should participate; and 'grassroots activity' is one of the most complimentary terms in the vocabulary of

¹⁰ In der deutschen Teilstudie (Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998) haben wir geprüft, in welchem Maße die beiden ideologisch unterschiedlich orientierten Zeitungen FAZ und Süddeutsche Zeitung ideologisch konsonante Positionen von extramedialen Akteuren in der Abtreibungsfrage bevorzugten. Dies ist in einem sehr geringen Maße der Fall.

¹¹ So wurde der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl bei der letzten Fußballweltmeisterschaft von Journalisten mehrfach zum Ausgang der Weltmeisterschaft befragt, nicht aber Jürgen Gerhards oder Dieter Rucht.

the news, particularly when it takes place to foil politicians or bureaucrats, or to eliminate the need for government action" (Gans 1980: 44). Die kulturell definierte Wichtigkeit der Meinungen der Bürger spiegelt sich im journalistischen Handeln wider, insofern Bürger in relativ großem Umfang in den Medien zu Wort kommen. Die politische Kultur der Bundesrepublik ist im Vergleich dazu in einem stärkeren Maße eine Staatskultur. Die Meinungen der Bürger und der sozialen Bewegungen werden als weniger wichtig erachtet. Dies führt auf der Ebene journalistischen Handelns zu einem geringeren Grad von Eigenrecherche und zu einer Zentrierung der Aufmerksamkeit auf die Verlautbarungen von staatlichen Akteuren.¹² Diese Vermutung bestätigen die Ergebnisse einer Journalistenbefragung in Deutschland und in den USA (vgl. Donsbach 1993: 289): "Die stärkere Recherchebereitschaft zeigt sich darin, daß die amerikanischen Journalisten bei ihrem letzten Bericht fast alle aufgeführten Informationsquellen deutlich häufiger nutzten als die deutschen: Gespräche mit Experten (58 zu 49 Prozent), Interviews mit Augenzeugen (49 zu 32), Gespräche mit Sprechern von Organisationen (39 zu 23), Straßeninterviews (15 zu 11) und Umfragedaten (15 zu 7)."

Wir gehen davon aus, daß die Machtstruktur des politischen Systems und die Unterschiede in den journalistischen Normen auch zur Erklärung der "standing"-Unterschiede zwischen den amerikanischen und deutschen Parteien beitragen. Die geringere Rechercheaktivität und die stärkere Staatszentriertheit der Journalisten in Deutschland könnte zu einer Privilegierung der (halbstaatlichen) Parteien führen, während in den USA die Journalisten etwas stärker den staatsferneren Akteuren zugeneigt sind. Hinzu kommt, daß die Parteien in der Bundesrepublik mit wesentlich mehr Macht als in den USA ausgestattet sind. Die Parteien genießen in der Bundesrepublik Verfassungsrang. In Artikel 21 des Grundgesetzes ist festgehalten, daß sie an der politischen Willensbildung mitwirken. Ihre Aufgabe, ihre Organisationsstruktur und die Art ihrer Finanzierung ist durch ein Parteiengesetz geregelt. Die Parteien haben im Hinblick auf die Aufstellung von Kandidaten für öffentliche Ämter fast eine Monopolstellung inne, sind die wichtigsten Akteure der Interessenvermittlung in das politische System und verfügen über großen Einfluß auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche (öffentlich-rechtliches Fernsehen; Administration; Sportverbände etc.). Parteien in der Bundesrepublik sind straff und hierarchisch von der lokalen bis zur bundesstaatlichen Ebene organisiert, mit der Folge, daß sie auch ideologisch gut integriert sind; sie verfügen zudem aufgrund der generösen staatlichen Finanzierung über eine gute Ressourcenausstattung. All dies bedingt, daß Parteien mit viel Macht ausgestattet sind mit der Folge, daß auch die Medien auf die Äußerungen von Parteien responsiv reagieren. Ganz anders ist die Bedeutung der Parteien in den USA. Diese haben keinen Verfassungsrang, spielen bei der politischen Willensbildung eine weit weniger wichtige Rolle; sie sind im geringeren Maße organisiert und ideologisch homogen. Parteien in den USA sind lockere Zusammenschlüsse von unterschiedlichen Interessen (Landfried 1990; Wasser 1993). Ihre Macht ist entsprechend weit geringer als die der deutschen Parteien. Dies führt nach unserer Ansicht zu den Unterschieden in der Medienaufmerksamkeit für die Parteien in den beiden Ländern.

Der unterschiedliche Nachrichtenwert von Akteuren, der sich aus der Macht der Akteure im politischen System ergibt und die Unterschiede in den journalistischen Normen tragen zur Erklärung des unterschiedlichen "standing" der Staatsakteure und der Parteien in den beiden Ländern bei. Entsprechend ist der Raum, der für die Akteure der Zivilgesellschaft bleibt, in den beiden Ländern unterschiedlich groß. Die Konkurrenz um Medienaufmerksamkeit ist ein

Nullsummenspiel: Die Präsenz des einen Akteurs verhindert die Anwesenheit des anderen Akteurs.

b. Daß dieser Raum aber von den verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft unterschiedlich genutzt wird, zeigen uns die Ergebnisse der Tabelle 1. Wir vermuten, daß die größere Bedeutung von sozialen Bewegungen und individuellen Sprechern in den USA einerseits mit den normativen Orientierungen der amerikanischen Journalisten, andererseits mit der stärkeren Öffentlichkeitsarbeit dieser Akteure zusammenhängt. Während die Staatszentrierung der deutschen Journalisten die staatlichen Akteure bevorteilt, erhöht die andersartige Orientierung der Journalisten in den USA möglicherweise das "standing" zivilgesellschaftlicher Akteure. Im Hinblick auf die journalistischen Initiativen, Stellungnahmen staatlicher Akteure aktiv einzuholen, fehlen uns empirische Daten, um diese Hypothese zu überprüfen. Wir haben jedoch zivilgesellschaftliche Akteure gefragt, in welchem Maße die Medien sich mit ihnen in Verbindung setzen und an ihren Stellungnahmen interessiert sind. Tabelle 2 zeigt, daß die Medien in den USA ein stärkeres Interesse an den sozialen Bewegungen aufweisen als dies in Deutschland der Fall ist.

Tabelle 2: Interesse der Medien an den Akteuren der Zivilgesellschaft in Deutschland und den USA (arithmetisches Mittel)

	Deutschland		USA	
	Soziale Bewegungen	Andere Akteure	Soziale Bewegungen	Andere Akteure
Journalisten rufen uns häufig an *	3.1	2.9	1.3	2.1
Medien haben wenig Interesse **	2.2	3.1	4.0	3.9
	N=17	N=46	N=21	N=30

* Frage: "Journalisten rufen uns häufig an, um über die Abtreibungsfrage mit uns zu sprechen" (1 = richtig bis 5 = falsch)

** Frage: "Die Medien haben sehr wenig Interesse an uns und an dem, was wir tun" (1 = richtig bis 5 = falsch)

Neben Unterschieden in den journalistischen Normen führen wir das unterschiedliche "standing" der sozialen Bewegungen in den beiden Ländern auch auf Unterschiede in den Präferenzen und Ressourcen für Öffentlichkeitsarbeit zurück. Wir vermuten, daß die unterschiedlichen Präferenzen im Hinblick auf eine Medienarbeit zugleich einen Einfluß auf die Ressourcen haben, die Akteure für eine Medienarbeit zur Verfügung stellen. Beide Faktoren zusammen bewirken, daß die Öffentlichkeitsarbeit der sozialen Bewegungen in den USA intensiver und ausführlicher sein wird als in Deutschland. Wir haben versucht, diese Thesen zu überprüfen.

¹² Für die Aufmerksamkeit, die die zivilgesellschaftlichen Akteure von den Medien erfahren, haben wir empirische Informationen (Tabelle 2); für die staatlichen Akteure fehlen uns diese Informationen, weil diese Akteure aufgrund von Zugangsproblemen nicht befragt wurden.

Tabelle 3: Ressourcen der Akteure der Zivilgesellschaft in Deutschland und in den USA (Mittelwerte)

	Deutschland		USA	
	Soziale Bewegungen	Andere Akteure	Soziale Bewegungen	Andere Akteure
Jahresbudget (in Tausend US Dollar)				
- Arith. Mittel	142	81422	5214	17475
- Median	156	312	600	1350
	<i>N=10</i>	<i>N=32</i>	<i>N=17</i>	<i>N=22</i>
Anzahl bezahlter Mitarbeiter				
- Arith. Mittel	1.9	1972	10.8	93.7
- Median	0.0	4.5	6.0	12,5
	<i>N=17</i>	<i>N=44</i>	<i>N=21</i>	<i>N=30</i>

Vergleicht man nur die sozialen Bewegungen in den beiden Ländern miteinander, dann wird deutlich, daß die Bewegungen in den USA sowohl im Hinblick auf ihre finanziellen Ressourcen als auch im Hinblick auf ihre angestellten Mitarbeiter den deutschen Bewegungen deutlich überlegen sind. Die amerikanischen Bewegungen verfügen durchschnittlich über eine 5,5-fach größere Personalausstattung; ihr Budget ist 36-mal so hoch wie das der deutschen Bewegungen. Damit sind die materiellen und personellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit der Bewegungen in den USA weitaus günstiger als in Deutschland.¹³ Hinzu kommt, daß die amerikanischen Bewegungen einer Beeinflussung der Öffentlichkeit eine höhere Präferenz zusprechen als die deutschen Akteure. Wir hatten die Akteure gefragt, wie häufig sie in dem letzten Jahr Pressekonferenzen abgehalten, Presseerklärungen verschickt und Kontakte zu Journalisten hergestellt haben. Wie Tabelle 4 ausweist, sind in allen drei PR-Dimensionen die Bewegungen in den USA weit reger und aktiver als in der Bundesrepublik.

Tabelle 4: Häufigkeit von Medienaktivitäten (im Laufe eines Jahres) der Akteure der Zivilgesellschaft in Deutschland und den USA (arithmetisches Mittel)

	Deutschland		USA	
	Soziale Bewegungen	Andere Akteure	Soziale Bewegungen	Andere Akteure
Pressekonferenzen	0.88 (<i>N=17</i>)	1.06 (<i>N=45</i>)	7.10 (<i>N=20</i>)	3.18 (<i>N=27</i>)
Presseerklärungen	3.58 (<i>N=17</i>)	2.69 (<i>N=46</i>)	8.90 (<i>N=21</i>)	5.71 (<i>N=28</i>)
Kontakte mit Journal.	3.94 (<i>N=17</i>)	3.11 (<i>N=45</i>)	8.42 (<i>N=21</i>)	6.14 (<i>N=27</i>)

¹³ Betrachtet man die Verteilung im Hinblick auf die anderen Akteure, kommt man mit Blick auf die arithmetischen Mittel zu einem überraschenden Befund. Die deutschen Akteure verfügen über mehr Ressourcen und Personal als die amerikanischen Akteure. Diese Unterschiede sind aber in hohem Maße durch die weit überdurchschnittliche Stärke einiger weniger Wohlfahrtsverbände in Deutschland beeinflusst. Der Vergleich der Mediane zeigt, daß die amerikanischen Akteure über mehr Ressourcen und Personal verfügen als die deutschen Akteure.

Das Zusammenspiel von stärkerer journalistischer Orientierung auf die sozialen Bewegungen einerseits, besserer Ressourcenausstattung und stärkerer Öffentlichkeitsarbeit der Bewegungen in den USA andererseits scheinen dazu zu führen, daß soziale Bewegungen in den öffentlichen Debatten über Abtreibungen in den USA eine weit bedeutendere Rolle spielen als in Deutschland.

4. "Framing"-Unterschiede und ihre Ursachen

Akteure, die in den von uns untersuchten Artikeln zu Wort kommen, äußern sich inhaltlich zu dem Abtreibungsthema. Die Platzierung eines Themas in unterschiedliche Bedeutungsrahmen ("frames") hat zur Folge, daß es durch das semantische Kräftefeld des jeweiligen Rahmens in seinem Sinngehalt geprägt wird. Abhängig von dem jeweilig benutzten Deutungsmuster erhält das Thema jeweils eine andere Bedeutung und, damit verbunden, eine andere Überzeugungsqualität.

Mit den jeweiligen "frames" sind nicht zwangsläufig bestimmte Positionen zur Abtreibungsfrage verbunden. So können innerhalb des Rahmens "Selbstbestimmung der Frau" verschiedene Positionen plaziert sein: eine Begründung für die Freigabe der Abtreibung mit Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht; eine Ablehnung der Freigabe, weil Frauen nicht in der Lage sind, selbst bestimmen zu können. Mit einer Metapher aus der Computerwelt könnte man auch sagen, die Akteure "klicken" mit ihren Wortbeiträgen zuerst einmal unterschiedliche "Mentis" an, in die sie dann das Thema Abtreibung plazieren und weiter kommunikativ behandeln. Dabei bedienen sie sich auch dann der Rahmen, wenn sie diese zugleich mit ihren Beiträgen ablehnen. Folgende Rahmen haben wir unterschieden:

1. Der Fötus ist menschliches Leben

Dieser Rahmen umfaßt alle Ideen, die entweder davon ausgehen, daß der Fötus ein Mensch, Abtreibung Mord ist bzw. daß der Fötus kein oder noch kein menschliches Wesen ist.

2. Balance zwischen dem Schutz des Fötus und den Rechten der Frau

Ideen, die in diesem Rahmen plaziert sind, gehen von einem Konflikt zwischen den Prinzipien der Definition des Fötus als Leben und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau aus (Rahmen 1 und 2). Zum Teil werden Güterabwägungen zwischen den beiden Werten durchgeführt, zum Teil dies gerade abgelehnt, womit aber dennoch dieser Rahmen benutzt wird.

3. Selbstbestimmungsrecht der Frau

Dieser Rahmen thematisiert die Frau als Entscheidungsträgerin, ihre Rechte, Aufgaben und die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Selbstbestimmung.

4. Private, individuelle Rechte versus staatliche Aufgaben

Ist Abtreibung eine Privatangelegenheit des einzelnen, in die der Staat sich nicht einmischen darf? Soll der Staat in der Gesetzgebung die Position der Kirche rechtsverbindlich machen oder verstößt dies gegen die Trennung von Kirche und Staat? Dies sind Fragen, die das Thema Abtreibung in einen Rahmen rücken, in dem eine Funktionsbestimmung des Staates erfolgt und seine Grenzen im Hinblick auf die Privatsphäre und die Rechte des Individuums definiert werden.

5. Soziale Ungerechtigkeit der Abtreibungsregelung in der Praxis

Daß Abtreibungsregelungen zu einer Ungleichheit zwischen sozialen Schichten und Klassen, Rassen (USA) und geographisch unterscheidbaren Gebieten (Stadt und Land; Bayern und Hessen) führt bzw. nicht führt und dies als ungerecht bzw. als nicht ungerecht gesehen wird, steht im Mittelpunkt dieses Bedeutungsrahmens.

6. Kriterien moralischen Handelns in der Gesellschaft

Wird Abtreibung als moralisch verwerflich definiert? Werden Abtreibungen im Kontext anderer moralischer Fragen, wie der der Sexualmoral, behandelt? Wird zwischen moralisch legitimen und illegitimen Abtreibungen unterschieden? In all diesen Fragen wird der Diskurs über Abtreibungen eingerahmt in die Frage über moralisches und unmoralisches Verhalten.

7. Gesellschaftliche Bedeutung von Abtreibung

Dieser Bedeutungsrahmen setzt das Thema in Beziehung zur gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von Abtreibungen. Die Möglichkeit, legal abzutreiben, als ein Zeichen einer modernen Gesellschaft, die Betrachtung der Abtreibungsdebatte unter dem Gesichtspunkt, daß sie in ihrer Heftigkeit die Gesellschaft insgesamt spaltet, Abtreibungen als ein Mittel der Bevölkerungspolitik - all dies sind Themenfelder, die diesem Rahmen zugehören.

8. Pragmatische Gesichtspunkte vor allgemeinen Grundsätzen

Deutungen in diesem Rahmen beziehen sich auf die positiven und negativen Folgen bestimmter gesetzlicher Regelungen. Ist eine restriktive gesetzliche Regelung überhaupt ein wirksames Mittel zur Reduzierung von Abtreibungen? Führt umgekehrt eine Legalisierung von Abtreibungen zu einer Erhöhung der Abtreibungen? Ideen in diesem Deutungsfeld bearbeiten das Thema Abtreibung nicht im Rahmen von grundsätzlichen Werten und Legitimationsüberlegungen, sondern im Kontext von "rationalen" Kalkulationen über Wirkungen und Folgen spezifischer Regelungen.

Von den acht verschiedenen Deutungsmustern beziehen sich die ersten fünf auf grundsätzliche Werte einer Gesellschaft. Aus Platzgründen beschränken wir uns im folgenden auf diese fünf Rahmen. In einem ersten Schritt fragen wir nach den groben Deutungsdifferenzen zwischen den USA und der Bundesrepublik. Entsprechend wurden die Idee-Elemente und die Teilrahmen auf das Niveau von "frames" aggregiert.

Tabelle 5: Deutungsmuster der Abtreibungsdiskussion in Deutschland und den USA in Prozent

Deutungsmuster	BRD	USA
Fötus ist Leben	34,8	24,3
Pro Choice	3,4	2,8
Neutral	0,8	3,7
Pro Life	30,7	17,8
Balance zwischen Fötus und Recht der Frau	25,7	15,5
Pro Choice	6,0	7,0
Neutral	9,2	3,9
Pro Life	10,5	4,6
Selbstbestimmungsrecht der Frau	16,1	13,2
Pro Choice	12,3	10,7
Neutral	0,4	0,2
Pro Life	3,4	2,3
Private, individuelle Rechte versus staatliche Aufgaben	19,2	37,7
Pro Choice	5,2	22,4
Neutral	6,5	4,7
Pro Life	7,5	10,8
Soziale Gerechtigkeit	4,3	9,1
Pro Choice	4,0	8,2
Neutral	0,1	0,4
Pro Life	0,1	0,5
	N=4993	N=7515

Tabelle 5 zeigt die Verteilung der Idee-Elemente auf die fünf verschiedenen Deutungsmuster. Wir haben für die Datenauswertung zusätzlich alle Ideen innerhalb eines Rahmens danach sortiert, ob sie eher eine liberale oder eher eine restriktive gesetzliche Regelung unterstützen oder aber neutralen Charakter haben. Auf diese Weise unterscheiden wir innerhalb der Deutungsmuster drei Subkategorien: Pro-Choice (= liberal), Neutral, Pro-Life (= restriktiv). In der Tabelle 5 findet sich auch die Information über die Verteilung der positional ausgerichteten Idee-Elemente. Addiert man die in Tabelle 5 aufgelisteten Werte für die verschiedenen Positionen in der Abtreibungsdebatte, dann kommt man zu dem in Tabelle 6 dargestellten Ergebnis.

Tabelle 6: Positionen unterstützende Deutungen in der Abtreibungsdebatte in Deutschland und den USA im Vergleich (in %)

	BRD	USA
Pro-Choice-Deutungen	30,9	51,1
Neutrale Deutungen	17,0	12,9
Pro-Life Deutungen	52,2	36,0
	N=4993	N=7515

Bevor wir die Unterschiede zwischen den beiden Ländern beschreiben, ist es wichtig, vorweg die Gemeinsamkeiten zu betonen. Man kann vermuten, daß in anderen Ländern, die nicht zum westlichen Kulturkreis gehören, andere Deutungen von Wichtigkeit sein werden. Dies gilt z.B. für bevölkerungspolitische Argumente, die Abtreibungen nicht aus der Perspektive der Rechte von Individuen betrachten, sondern aus der Perspektive des Nutzens für die Gemeinschaft. Die dominante Deutung des Abtreibungsthemas in der Volksrepublik China betrachtet z.B. das Abtreibungsthemas unter dem Aspekt der Geburtenkontrolle im Dienste des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts. Solche kollektivistischen Legitimationen spielen weder in der Bundesrepublik noch in den USA eine große Rolle; sie erhalten weniger als 1 % der Nennungen. Dies verweist auf die Tatsache, daß beide Länder zum gleichen Kulturkreis gehören; sie stehen in der Tradition ein und derselben Weltreligion, wie man mit Rekurs auf die religionssoziologischen Studien Webers argumentieren kann. Zum Kernbestand der westlichen Kultur gehört es, die Legitimität von Handlungen über die Rechte von Individuen (und nicht von Kollektiven) zu bestimmen.¹⁴

Worin bestehen aber die zentralen Unterschiede zwischen Deutschland und den USA und wie kann man die Unterschiede erklären? Die aggregierte Verteilung von Pro-Choice und Pro-Life-Deutungen im Ländervergleich zeigt (Tabelle 6), daß es im deutschen Diskurs ein deutliches Übergewicht einer Pro-Life Deutung gibt, während die amerikanische Debatte von einer Pro-Choice Deutung des Themas beherrscht wird. Wir vermuten, daß in den beiden Ländern unterschiedliche allgemeine kulturelle Dispositionen vorliegen, die als kulturelle Gelegenheitsstrukturen eine Deutung des spezifischen Themas Abtreibung in die eine oder in die andere Richtung strukturieren. Dies ist erläuterungsbedürftig.

Der mit Abstand wichtigste Deutungsrahmen in der Bundesrepublik ist der erste "frame", der die Abtreibungsfrage darauf bezieht, ob es sich bei dem Fötus um Leben handelt oder nicht. 34,8 % der Idee-Elemente der deutschen Debatte entstammen diesem Deutungsrahmen, während der Anteil in den USA bei 24,3 % liegt. Der Deutungsrahmen ist in beiden Ländern, besonders aber in Deutschland, insofern eindeutig gepolt, als er fast ausschließlich mit Pro-Life Positionen verbunden ist. Die hegemoniale Bedeutung des Deutungsmusters "Fötus ist Leben" für die deutsche Debatte wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß in dem für die deutsche Debatte zweitwichtigsten Deutungsmuster "Konflikt zwischen Fötus und Selbstbestimmung der Frau" die Frage, ob es sich bei dem Fötus um menschliches Leben handelt, zum Teil mit verhandelt wird. Dadurch erhöht sich die Bedeutung des ersten "frames" für die deutsche Debatte im Unterschied zu der amerikanischen Debatte nochmals erheblich. Die Pro-Life Vertreter in Deutschland benutzen zu 41,2 % ein Idee-Element aus den ersten beiden Deutungsmustern. Somit hat das Deutungsmuster "Fötus ist Leben" generell und speziell für die Pro-Life-Vertreter in der deutschen Debatte eine hegemoniale Stellung.

Der wichtigste Deutungsrahmen in den USA ist hingegen der vierte Deutungsrahmen, der die Frage nach den Rechten des Staates in der Regulierung der Privatsphäre behandelt. Während in den USA 37,7 % der Idee-Elemente aus diesem Deutungsmuster kommen, liegt der Anteil in Deutschland bei lediglich 19,2 %. Er ist zugleich der Deutungsrahmen, der von den

¹⁴ Geert Hofstede (1980) unterscheidet in seinem empirischen Versuch, kulturelle Differenzen zwischen sehr verschiedenen Ländern zu bestimmen, u.a. die Dimension individualistische versus kollektivistische Orientierungen. Zwar zeigen sich auch zwischen Deutschland und den USA Differenzen insofern, als die amerikanischen Befragten in geringerem Maße kollektivistisch orientiert waren als die deutschen Befragten; beide Gruppen unterscheiden sich aber in einem weit deutlicherem Maße von z.B. Befragten aus Taiwan, Thailand oder Pakistan. Chinesische Bürger wurden nicht befragt (Hofstede 1980: 222). Wir vermuten, daß diese Unterschiede auch für die Diskussion des Abtreibungsthemas gelten würden, wenngleich wir dies nicht empirisch nachweisen können.

amerikanischen Pro-Choice-Vertretern am häufigsten benutzt wird. Unterschiedliche Deutungsmuster bilden also in den beiden Ländern die dominanten, hegemonialen Deutungsmuster. Der hegemoniale Status der beiden "frames" wird zusätzlich durch folgenden Befund erhärtet. Wir haben die Akteure (nicht die Inhalte) danach klassifiziert, ob sie eine liberale oder eine restriktive Abtreibungspolitik befürworten oder ob sie sich in dieser Frage als nicht festgelegt erweisen. Interessant ist nun zu sehen, welche Deutung die neutralen Akteure in den beiden Ländern besonders bevorzugen, weil man diesen keine eindeutigen Interessen unterstellen kann. Die häufigste Deutung, die in Deutschland von den neutralen Akteuren genannt wird, bezieht sich auf den ersten Deutungsrahmen, während in den USA das vierte Deutungsmuster im Vordergrund steht. Dies könnte ein Indikator für eine interessenunabhängige Dominanz unterschiedlicher Deutungsmuster sein. Wie kann man aber den beschriebenen Länderunterschied erklären?

Wir gehen davon aus, daß Akteure Themen so zu interpretieren versuchen, daß sie das Publikum überzeugen. Eine Möglichkeit dazu besteht darin, Themen mit solchen Werten in Verbindung zu bringen, die eine hohe Akzeptanz in einer Gesellschaft haben: Akteure deuten Themen so, daß sie kulturell resonanzfähig sind. Insofern kann man umgekehrt von der Deutungsarbeit von Akteuren auf die Kultur eines Landes rückschließen. Diese stellt eine kulturelle Gelegenheitsstruktur (Gamson und Meyer 1996) für das "framing" konkreter Themen zur Verfügung.

Das Deutungsmuster "Fötus ist Leben" bindet das Thema Abtreibung an einen der zentralsten Werte westlicher Gesellschaften. Der Schutz des Lebens und die persönliche Integrität des Menschen werden als das höchstrangige Gut angesehen; dieses Gut ist anderen Grundrechten vorgelagert, weil es eine notwendige Voraussetzung für deren Geltung ist. Dies trifft auf die USA wie für die Bundesrepublik zu und erklärt, warum dieses Deutungsmuster in beiden Ländern sehr bedeutsam ist. Für die Bundesrepublik erhält der Schutz des Lebens aber eine Sonderstellung, unterstrichen durch die Tatsache, daß er an vorderer Stelle des Grundgesetzes definiert wird. "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit." (Art. 2 GG) Es gibt in der Bundesrepublik - im Unterschied zu den USA, wo in der Mehrzahl der Staaten die Todesstrafe legalisiert ist - keine Ausnahmebestimmung, die es erlaubt, gegen Artikel 2 zu verstoßen. Diese in der Verfassung zum Ausdruck kommende Wichtigkeit des Lebensschutzes ist bedingt durch die historischen Erfahrungen der NS-Zeit und die Interpretation dieser Erfahrungen nach 1945. Der Nationalsozialismus hatte gegen den Schutz des ungeborenen Lebens durch eine rassistisch motivierte Abtreibungsregelung und gegen das existierende Leben durch Massenvernichtungen massiv verstoßen. Zugleich diente der Nationalsozialismus in der Bundesrepublik als Kontrastfolie für die Legitimierung der neuen politischen Ordnung, wie M. Rainer Lepsius im Vergleich zu Österreich und der DDR plausibel herausgearbeitet hat. "Insofern behielt der Nationalsozialismus in der Bundesrepublik die größte Relevanz für die Selbstreflexion des politischen Systems und blieb damit ein Bezugsereignis, auf das die verschiedensten Ereignisse bezogen werden konnten" (Lepsius 1989: 251). Diese allgemeine Vermutung scheint nun auch für die Bedeutung des Lebensschutzes und seine Verknüpfbarkeit mit der Abtreibungsfrage zu gelten: Die historischen Erfahrungen und die Deutung dieser Erfahrungen für die Identitätskonstruktion der Bundesrepublik haben eine gesteigerte Sensibilität in der Wahrnehmung möglicher Verletzungen menschlichen Lebens erzeugt. Dies macht plausibel, warum eine Verbindung der Abtreibungsfrage mit dem Wert des Lebensschutzes in Deutschland überdurchschnittlich resonanzfähig ist.¹⁵

¹⁵ Diese kulturelle Resonanzfähigkeit erklärt sicherlich auch, warum das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1976 die Verbindung des Lebensschutzes mit der Abtreibungsfrage hergestellt hat. Insofern erwies sich das

Das in den USA häufigste Deutungsmuster "Private, individuelle Rechte versus staatliche Aufgaben" ist dort dominant mit einer Pro-Choice Position verbunden; demnach soll der Staat nicht in die Privatsphäre der Bürger eingreifen. In Deutschland ist dieses Deutungsmuster hingegen in erster Linie mit einer Pro-Life Position verknüpft; das häufigste Idee-Element in Deutschland sieht es grundsätzlich als die Aufgabe des Staates an, Abtreibungen zu verbieten, beklagt aber, daß der Staat dieses Gesetz nicht richtig durchsetzt. Wie kann man erklären, daß das Deutungsmuster "Private Rechte versus staatliche Aufgaben" in den USA das wichtigste Deutungsmuster darstellt, in Deutschland hingegen weniger bedeutsam ist?

Auch hier spielen vermutlich unterschiedliche kulturell-geschichtliche Voraussetzungen und damit eine historisch entstandene kulturelle Gelegenheitsstruktur, die das Abtreibungsthema unterschiedlich resonanzfähig machen, eine bedeutsame Rolle. Das Selbstverständnis der amerikanischen Gesellschaft betont seit der Auswanderung der Puritaner aus England das Prinzip der Freiheit und Selbstbestimmung in Abwehrhaltung gegenüber staatlichen Regulierungen. Die historische Erfahrung einer staatlichen Verfolgung von bestimmten Religionen wird im Gründungsmythos der USA stilisiert und konstruiert zu einem Credo der Sicherung der Selbstorganisation der Menschen und einer skeptischen Grundhaltung gegenüber einer staatlichen Regulierung (vgl. Münch 1986; Bellah et al. 1987). Im Unterschied dazu ist die Abwehrhaltung gegenüber staatlichen Eingriffen in Deutschland weit schwächer ausgeprägt, das Schutzbedürfnis der Privatsphäre gegenüber dem Staat geringer.¹⁶ Auch diese kulturelle Disposition hat lange historische Wurzeln, auf die wir hier nicht eingehen können. Diese unterschiedlichen kulturellen Voraussetzungen zwischen Deutschland und den USA machen eine Platzierung des Abtreibungsthemas in dem Deutungsrahmen "Privatsphäre versus Staat" in den USA resonanzfähiger als in Deutschland. Die kulturelle Gelegenheitsstruktur ist in beiden Ländern unterschiedlich und dies führt zu einem anderen Deutungsverhalten der jeweiligen Akteure des Abtreibungsthemas.¹⁷

"Lebensschutz" einerseits und "Schutz der Privatsphäre vor staatlicher Regulierung" andererseits sind beides universelle Werte, die für alle Bürger gelten und nicht die Interessen einer partikularen Gruppe beschreiben. Das Abtreibungsthema als Schutz des Fötus zu interpretieren ist gut mit dem "Prinzip des Lebensschutzes", die Verteidigung privater Entscheidungsautonomie im Hinblick auf eine Abtreibungsentscheidung ist gut mit dem Prinzip "Schutz der Privatsphäre vor dem Staat" vereinbar. Die Tatsache, daß das Prinzip des Lebensschutzes in Deutschland im Vergleich zu den USA eine kulturell überdurchschnittliche Bedeutung hat, zugleich das Deutungsmuster "Schutz der Privatsphäre vor dem Staat" eine geringe Bedeutung zukommt, führt in Deutschland zu einer Asymmetrie der kulturellen Gele-

genheitsstruktur für Pro-Life und Pro-Choice Gruppen: Während eine Pro-Life-Deutung auf eine universelle und hegemoniale Leitidee zurückgreifen kann, gilt dies für eine Pro-Choice Deutung nicht in diesem Maße.

Dies ist anders in den USA: Die Pro-Life-Deutung bezieht sich, ähnlich wie in Deutschland, dominant auf das Prinzip des Lebensschutzes, erfährt aber eine Balance durch die Tatsache, daß sich die Pro-Choice Seite auf einen ähnlich wichtigen Leitwert beziehen kann: den Schutz der Privatsphäre. Die unterschiedlichen "cultural prerequisites" der beiden Länder führen also zu einer kulturellen Bevorteilung einer Pro-Life-Deutung in Deutschland, während die Deutungschancen in den USA zwischen Pro-Life und Pro-Choice ausgeglichen sind.

Diese Ausgangskonstellation hat Folgen für die Deutungsmöglichkeiten der Akteure. Auf der Pro-Choice-Seite in Deutschland nimmt mit 12,3 % der Idee-Elemente die Idee der Selbstbestimmung der Frau den ersten Rang ein. Dabei handelt es sich um ein Partikularrecht, das als solches aus folgendem Grund Deutungsnachteile mit sich bringt. In einer Arena, deren Galerie grundsätzlich offen ist für alle Bürger einer Gesellschaft, sind Bezugnahmen auf universelle, nämlich alle Präferenzen der Bürger betreffende Werte erfolgversprechender als Rekurse auf partikulare Werte. Dagegen steht der Pro-Choice-Seite in den USA mit dem am häufigsten gewählten Deutungsmuster "Private Rechte versus staatliche Eingriffe" eine kulturelle Leitidee zur Verfügung, an die sich das Abtreibungsthema anbinden läßt. Erst an zweiter Stelle steht dann das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Schauen wir uns zum Abschluß noch das letzte der fünf analysierten Deutungsmuster an: der Deutungsrahmen "Soziale Gerechtigkeit" hat in beiden Ländern den geringsten Stellenwert. Auffallend ist allerdings die unterschiedliche relative Bedeutung in beiden Ländern. Mit 9,1 % ist dieser Rahmen in den USA mehr als doppelt so stark vertreten wie in Deutschland (4,3 %). Das ist zumindest auf den ersten Blick überraschend. Die Bundesrepublik ist im Unterschied zu den USA durch eine ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Tradition gekennzeichnet. Fragen der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit und der staatlichen Kompensierung von Ungleichheiten gehören in Deutschland zum festen Interpretationsrepertoire politischer Kommunikation; insofern hätte man erwarten können, daß auch die Deutung des Abtreibungsthemas unter dem Aspekt der sozialen Ungleichheit in Deutschland wichtiger ist als in den USA. Das Umgekehrte ist aber der Fall. Es könnte aber sein, daß die faktischen sozialen Benachteiligungen durch Schwangerschaften und Abtreibungen in Deutschland weit geringer sind als in den USA (und dies als Folge eines unterschiedlich entwickelten Wohlfahrtsstaates), und insofern es in den USA mehr und häufiger Anlaß gibt, Fragen der Gerechtigkeit zu thematisieren. Die Möglichkeit der sozialen Indikation, die Finanzierungsmöglichkeiten von Abtreibungen durch Krankenkassen und die finanzielle Unterstützung von bedürftigen Schwangeren durch den Staat lassen die Frage der sozialen Ungerechtigkeit in Deutschland im stärkeren Maße als in den USA als gelöst und somit weniger diskussionsbedürftig erscheinen. Dagegen ist in den USA mit einem relativ hohen Anteil an Armut und der Tendenz einer Privatisierung von Arzt- und Krankenhauskosten der Zugang zur Abtreibung oft eine finanzielle Frage. Entsprechend ist die Abtreibungsdebatte auch stärker mit Klassenfragen und - damit eng verbunden - Rassenfragen verknüpft.

Wenig erstaunlich ist der Befund, daß in beiden Ländern der Deutungsrahmen "soziale Gerechtigkeit" ganz überwiegend von Vertretern der Pro Choice-Position benutzt wird (4,0 % von 4,3 % in der Bundesrepublik; 8,2 % von 9,1 % in den USA). Es gibt vermutlich eine hohe Kongruenz zwischen liberalen kulturellen Einstellungen (in Fragen der Sexualität, der Abtreibung usw.) und der Sensibilität für Fragen sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Entsprechend höher ist im kulturell liberalen Lager die Bereitschaft, ärmere sozialen Gruppen durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen zu unterstützen. Dagegen findet sich auf konservativer

BVG eingebunden in den spezifischen kulturellen Kontext der Bundesrepublik. Gleichzeitig hat das Urteil des BVG den kulturellen Wert zur gesetzlichen Norm erklärt und damit weiter verfestigt. Diese Vermutung, daß das Verfassungsgericht einerseits durch die spezifische bundesrepublikanische Kultur geprägt war, andererseits diese Verbindung von Abtreibung und Lebensschutz verstärkt hat, zeigt sich, wenn man die Entwicklung des ersten Deutungsrahmens anschaut. Genau in der Zeit, in der die Klage beim BVG eingereicht und dann verhandelt wurde, steigt der Anteil von Idee-Elementen aus dem ersten Deutungsmuster an den Aussagen der Akteure.

¹⁶ Das zeigt sich zum Beispiel an der geringeren Toleranz gegenüber religiösen Sekten in der Bundesrepublik im Vergleich zu den USA.

¹⁷ Ähnlich wie in Deutschland das Bundesverfassungsgericht mit seiner Rechtsprechung sich in die spezifische deutsche kulturelle Tradition gestellt und diese zugleich rechtsverbindlich definiert und verfestigt hat, ähnlich greift die Supreme Court in der Entscheidung von "Roe versus Wade" auf den hegemonialen Deutungsrahmen der amerikanischen Debatte zurück und verfestigt diesen zugleich. Die Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung wurde gerade damit begründet, daß es dem Staat nicht zustehe, die Privatsphäre zu regeln und damit in die Selbstbestimmung des Einzelnen einzugreifen.

und (ökonomisch) neoliberaler Seite eher die Vorstellung, Menschen hätten selbst für ihr Wohl zu sorgen. Im Falle einer Schwangerschaft würde dies auch bedeuten, für die Konsequenzen einer ungewollten Schwangerschaft einzustehen. Speziell aus Sicht der Lebensschützer kommt die Neigung hinzu, den Zugang zur Abtreibung nicht unter sozialen oder technischen sondern unter prinzipiellen Gesichtspunkten zu behandeln, also Abtreibungen kategorisch abzulehnen. Vertreter restriktiver Positionen haben somit gar keine Veranlassung, sich auf einen Gerechtigkeitsdiskurs einzulassen, wie er bereits seit Anfang des Jahrhunderts in Deutschland von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite initiiert wurde.

5. Bilanz der Ergebnisse

Wir haben versucht, Unterschiede zwischen der medialen Debatte über den Abtreibungskonflikt in der Bundesrepublik und in den USA anhand umfangreichen Datenmaterials herauszuarbeiten und diese Unterschiede zu erklären. Dabei haben wir zwischen zwei Aspekten des Abtreibungsdiskurses unterschieden: der Repräsentanz bestimmter Sprechergruppen in den Medien, d.h. der Häufigkeit, mit der Akteure mit ihren Stellungnahmen und Positionen in den Medien erscheinen ("standing"), sowie den Kommunikationsinhalten, d.h. der Häufigkeit, mit der bestimmte Deutungsrahmen für die Darstellung und Begründung von Forderungen und Positionen genutzt werden ("framing"). Im Hinblick auf beide Fragen haben wir uns auf Unterschiede zwischen den Ländern konzentriert und Unterschiede im Zeitverlauf ignoriert.

Der markanteste Unterschied im "standing" verschiedener Akteursklassen ist die starke Präsenz von staatlichen Akteuren und Parteien in der Bundesrepublik (bei marginaler Rolle von sozialen Bewegungen) einerseits und das hohe "standing" von zivilgesellschaftlichen Akteuren, und hier insbesondere der sozialen Bewegungen, in den USA andererseits. Dieser Unterschied war im Prinzip zu erwarten, jedoch hat uns die völlig unbedeutende Rolle feministischer und lebensschützerischer Positionen in der Bundesrepublik überrascht. Die generellen Unterschiede im "standing" erscheinen uns im Lichte dreier Erklärungsfaktoren als plausibel: (1) der Relevanz, die Journalisten bestimmten Akteursklassen aufgrund von deren Macht im jeweiligen politischen System beimessen; (2) der Intensität und Professionalität der Medienarbeit der Akteure, die ihrerseits wiederum von den strategischen Präferenzen und der allgemeinen Ressourcenlage dieser Akteure beeinflusst wird; (3) der Wertigkeit, die bestimmte Akteursklassen in den Augen der Journalisten genießen. Im Unterschied zu den USA finden wir in der Bundesrepublik eine stärkere institutionelle Stellung staatlicher Akteure und der Parteien im politischen System und ein entsprechend größeres Interesse von Journalisten an diesen Akteuren, eine geringere Wertschätzung von Medienarbeit bei zivilgesellschaftlichen Akteuren und einen entsprechend geringeren Ressourceneinsatz (bei ohnehin durchschnittlich geringeren allgemeinen Ressourcen) und schließlich eine traditionell stärkere Staatsorientierung und Staatszentriertheit, die in journalistischen Werthaltungen und Verhaltensorientierungen zum Ausdruck kommt.

Mit Blick auf die Inhalte der Kommunikation haben wir zum einen das "framing", zum anderen die Position zu bestimmten Regelungsmodellen (Pro-Choice, Pro-Life, neutral) unterschieden. Von insgesamt acht Bedeutungsrahmen, in die jeweils eine Vielzahl von Idee-Elementen eingelagert ist und die jeweils sowohl mit restriktiven als auch liberalen Positionen verknüpft sein können, wurden fünf Bedeutungsrahmen näher analysiert. Dabei haben wir das relative Gewicht dieser "frames" wie auch die "frame"-interne Verteilung von Positionen zu Regelungsfragen bestimmt. Unsere Analysen haben gezeigt, daß in beiden Ländern unterschiedliche "frames" die hegemonialen Deutungsmuster bilden: "Fötus ist Leben" in der Bun-

desrepublik und "individuelle Recht vs. staatliche Aufgaben" in den USA. Dies entspricht im übrigen auch den zentralen Begründungen in der einschlägigen Rechtssprechung der Verfassungsgerichte, die in der Bundesrepublik trotz gewisser Aufweichungen das Gebot des Lebensschutzes betonte, in den USA hingegen das individuelle Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren im Sinne eines Abwehrrechts gegen staatliche Bevormundung (Morris 1997). Sowohl der mediale Diskurs als auch die richterlichen Begründungen sind verankert in länderspezifischen tief verwurzelten kulturellen Werten und historischen Erfahrungen. Die Bereitschaft zur Hinnahme staatlicher Eingriffe bzw. sogar die aktive Forderung staatlicher Regulierungen ist in Deutschland und vergleichbaren europäischen Ländern stark ausgeprägt. Der Mißbrauch staatlicher Eingriffe im Nationalsozialismus auch in Fragen des Lebensschutzes (Euthanasie) und eine rassistische Abtreibungspolitik (Todesstrafe bei Abtreibungen im Falle arischer Schwangerer; Tolerierung oder aktive Herbeiführung von Abtreibungen im Falle "minderwertigen Lebens") hat in der Bundesrepublik nicht zu einer Stärkung individueller Abwehrrechte, sondern vielmehr zu einer Betonung des staatlich garantierten Lebensschutzes geführt.¹⁸ In anderen Ländern, etwa Irland und Polen, bildet dagegen die Hegemonie der katholischen Kirche den Hauptgrund für - weitaus restriktivere - Regelungen der Abtreibungsfrage. Im Unterschied zu beiden Varianten genießen dagegen in den USA individuelle Abwehrrechte eine hohe Wertschätzung - nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit den teilweise in ihren Heimatländern verfolgten religiösen Einwanderern, der Heterogenität koexistierender, nicht auf historischen Privilegien pochender ethnischer und religiöser Gruppen, und schließlich eines "Kults des Individuums". Der einzelne gilt als für sein ökonomisches und soziales Schicksal verantwortlich und soll zugleich eine hohe Entscheidungsautonomie genießen.

Insgesamt bestätigen unsere Befunde die Ergebnisse und Deutungen, die in ganz anderen Sachzusammenhängen über das politische System und die politische Kultur im "Wohlfahrtsstaat" und "Parteienstaat" Deutschland einerseits und die "zivilgesellschaftlich" orientierte USA andererseits vorgelegt wurden. Die Vorstellungen über die Organisationsform der Gesellschaft sind in den USA anders als in der Bundesrepublik; diese kulturellen Differenzen zeigen und manifestieren sich in der unterschiedlichen Struktur der politischen Institutionen, den Werthaltungen einzelner Professionen - hier der Journalisten - und auch in dem Rekurs auf Deutungsmuster zur Interpretation von konkreten politischen Themen. Es bleibt weiteren, genaueren und ausführlicheren Analysen vorbehalten, den Reichtum des empirischen Materials unserer Studie auf deskriptiver Ebene auszuschöpfen und dabei die differenziert erhobenen, hier nur grob zusammengefaßten Daten disaggregiert auszuwerten (Ferree et al. 2000). Allerdings gilt es sich auch der Grenzen unseres Gegenstandes und unseres Materials zu vergewissern. Die Analyse öffentlicher Debatten zu sachlogisch anderen Konfliktmaterien, etwa Verteilungsfragen oder Fragen von Krieg und Frieden, mag auch andere Befunde zutage fördern und teilweise andere Erklärungen verlangen.

¹⁸ Auch in anderen Politikfeldern wurde die Erfahrung des Nationalsozialismus in analoger Weise verarbeitet. Das Konzept der "wehrhaften Demokratie" legitimierte Parteienverbote und Berufsverbote, die in den USA undenkbar wären.

Literatur

- Baerns, Barbara, 1985: Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Barth, Henrike und Wolfgang Donsbach, 1992: Aktivität und Passivität von Journalisten gegenüber Public Relations. Fallstudie am Beispiel von Pressekonferenzen zu Umweltthemen, in: *Publizistik* 37: 151-165.
- Bellah, Robert N., et al. 1987: Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft (orig. 1985). Köln: Bund.
- Clemens, Elizabeth, 1996: Organizational Form as a Frame: Collective identity and political strategy in the American labor movement, 1880-1920. S. 205-226 in Doug McAdam, John D. McCarthy und Mayer N. Zald (Hrsg.), *Comparative Perspectives on Social Movement. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cobb, Roger, Jennie Keith-Ross und Marc Howard Ross, 1976: Agenda Building as a Comparative Political Process, in: *American Political Science Review* 70: 126-138.
- Condit, Celeste Michelle, 1990: *Decoding Abortion Rhetoric*. Communicating Social Change. Urbana und Chicago: University of Illinois Press.
- Craig, Barbara Hinkson und David M. O'Brien, 1993: *Abortion and American Politics*. New Jersey: Chatham.
- Donsbach, Wolfgang, 1993: Journalismus versus journalism - ein Vergleich zum Verhältnis von Medien und Politik in Deutschland und in den USA. S. 283-315 in Wolfgang Donsbach, Otfried Jarren, Hans-Mathias Kepplinger und Barbara Pfetsch, *Beziehungsspiele - Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Eilders, Christiane, 1997: *Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Informationen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Eilders, Christiane und Werner Wirth, 1999: *Die Nachrichtenwertforschung auf dem Weg zum Publikum: Eine experimentelle Überprüfung des Einflusses von Nachrichtenfaktoren bei der Rezeption*, in: *Publizistik* 44: 35-58.
- Entman, Robert M., 1993: Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm, in: *Journal of Communication* 43: 51-58.
- Ferree, Myra Marx, William A. Gamson, Jürgen Gerhards und Dieter Rucht, 2000: *Collective Actors and the Public Sphere: Abortion Discourse in the U.S. and Germany*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Galtung, Johan und Mari Holmboe Ruge, 1965: The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo. Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers, in: *Journal of Peace Research* 2: 64-91.
- Gante, Michael, 1991: § 218 in der Diskussion. Meinungs- und Willensbildung 1945-1976. Düsseldorf: Droste.
- Gamson, William A. und André Modigliani, 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power. A Constructionist Approach, in: *The American Journal of Sociology* 95:1-37.
- Gamson, William A. und David S. Meyer, 1996: Framing Political Opportunity, S. 275-290 in Doug McAdam, John D. McCarthy und Mayer N. Zald (Hrsg.) *Comparative Perspectives on Social Movement. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gamson, William A., 1999: Movement Impact on Cultural Change. erscheint in: Marco Giugni, Doug McAdam und Charles Tilly (Hrsg.) *How Movements Matter: Theoretical and Comparative Studies on the Consequences of Social Movements*. Minneapolis. University of Minnesota Press.
- Gerhards, Jürgen, 1999: Responsivität als Gütekriterium der massenmedialen Darstellung von Politik: Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. S. 145-173 in: Jürgen Gerhards und Ronald Hitzler (Hrsg.) *Eigendynamik und Rationalität sozialer Prozesse*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen, Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht, 1998: *Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der Deutschen Diskussion zur Abtreibung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hagen, Lutz M., 1993: Opportune Witnesses: An Analysis of Balance in the Selection of Sources and Arguments in the Leading German Newspapers' Coverage of the Census Issue, in: *European Journal of Communication* 8: 317-343.
- Herzog, Dietrich, Hilke Rebenstorf, Camilla Werner und Bernhard Weßels, 1990: *Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hofstede, Geert, 1980: *Culture's Consequences. International Differences in Work-Related Values*. Beverly Hills: Sage.
- Kepplinger, Hans-Mathias, 1985: *Die aktuelle Berichterstattung des Hörfunks*. Freiburg und München: Alber.
- Kiefer, Marie-Luise, 1996: Massenkommunikation V. S. 9-382 in Klaus Berg und Marie-Luise Kiefer (Hrsg.), *Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-1995*. Baden-Baden: Nomos.
- Knoke, David und Franz Urban Pappi, 1991: Organizational Action Sets in the U.S. and German Labor Policy Domains, in: *American Sociological Review* 56: 509-523.
- Landfried, Christine, 1990: *Partei Finanzen und politische Macht. Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA*. Baden-Baden: Nomos.
- Lee, Ellie, 1998: *Abortion Law and Politics Today*. London: Macmillan.
- Luhmann, Niklas, 1996: *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luker, Kristin, 1984: *Abortion and the Politics of Motherhood*. Berkeley: University of California Press.
- McCarthy, John, 1987: Pro-Life and Pro-Choice Mobilization. Infrastructure Deficits and New Technologies. S. 49-66 in Mayer N. Zald und John D. McCarthy (Hrsg.), *Social Movements in an Organizational Society*. New Brunswick: Transaction.
- Morris, Douglas G., 1987: Die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs nach der Rechtsprechung des Supreme Court der USA und des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland in vergleichender Sicht, in: *Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft* 99: 888-901.

- Münch, Richard, 1986: Die Kultur der Moderne. Band 1 und 2. Frankfurt: Suhrkamp.
- Nedelmann, Birgitta, 1995: Soziale Bewegungen. S. 330-342 in Wolfgang Jäger und Wolfgang Welz (Hrsg.) Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch. München und Wien: Oldenbourg.
- Noelle-Neumann, Elisabeth und Rainer Mathes, 1987: The "Event as Event" and the "Event as News": The Significance of "Consonance" for Media Effects Research, in: *European Journal of Communication* 2: 391-414.
- O'Connor, Karen, 1996: No neutral Ground? Abortion Politics in an Age of Absolutes. Boulder: Westview Press.
- Prezeworski, Adam und Henry Teune, 1970: The Logic of Comparative Social Inquiry. New York: Wiley.
- Rucht, Dieter, 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/M.: Campus.
- Schulz, Winfried, 1976: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg und München: Karl Alber.
- Schulz, Winfried, 1987: Politikvermittlung durch Massenmedien. S. 129-144 in: Ulrich Sarcinelli (Hg.): Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schulz, Winfried, 1997: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Snow, David A. und Robert D. Benford, 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. S. 197-217 in Bert Klandermans, Hanspeter Kriesi und Sidney Tarrow (Hrsg.), *International Social Movement Research 1*. Greenwich, Connecticut: JAI Press.
- Staab, Joachim Friedrich, 1990: Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt. Freiburg und München: Karl Alber.
- Tarrow, Sidney, 1994: Power in Movement. Cambridge: University of Cambridge Press.
- Tuchman, Gaye, 1972: Objectivity as a Strategic Ritual, in: *American Journal of Sociology* 77: 660-679
- Tuchman, Gaye, 1978: Making News. A Study in the Construction of Reality. New York: The Free Press.
- Wasser, Hartmut, 1993: Politische Parteien in Amerika. Ihr Stellenwert und Erscheinungsbild in der Präsidentschaft. S. 119-142 in Hartmut Wasser (Hrsg.). USA. Politik. Gesellschaft, Wirtschaft. Opladen: Leske und Budrich.
- Weber, Max, 1980: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr (Siebeck).

Kulturen staatlichen Strafens: USA und Deutschland

Joachim J. Savelsberg

1. Einleitung: Von Images zu Theorie und Empirie

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) sind Europäern als ein Ort der Gewalt bekannt. Filmbilder über die Indianerkriege, den Wilden Westen, die Ära der Sklaverei und die Bandenkriege der Mafia zur Zeit der Prohibition paaren sich mit Erinnerungen an Fernsehbilder aus Vietnam und mit gegenwärtigen Berichten über Gewalt in den Ghettos der Innenstädte und über Schießereien in Schulen der Mittelschicht. Abgerundet wird dieses Image der USA durch Berichte über einen hart strafenden Staat, der gelegentlich mit der vermeintlich größeren Humanität und Aufgeklärtheit europäischer Wohlfahrtsstaaten kontrastiert wird.

Um den strafenden Staat geht es in diesem Aufsatz, um Einstellungen der Bevölkerung zum Strafen und um die Kultur, die die Praxis staatlichen Strafens stützt. Unter Kultur verstehe ich, in Übereinstimmung mit den in diesem Band versammelten Beiträgen, die das Handeln von Menschen einer Gesellschaft leitenden zentralen Werte- und Deutungsmuster. Einstellungen der Bevölkerung, wie sie in Meinungsumfragen gemessen werden, sind von solchen Werte- und Deutungsmustern zu unterscheiden. Einstellungen sind typischerweise weniger stabil und spezifischer auf bestimmte Themen abgestellt. Dennoch können massive Veränderungen in Einstellungsmustern kulturelle Verschiebungen indizieren. Auch dieser Zusammenhang wird thematisiert.

Staaten haben bekanntlich Zugang zu verschiedenen Strategien sozialer Kontrolle, therapeutischer, restitutiver, schlichtender und strafender Art (Black 1976: 7-8). Einstellungen der Bevölkerung und kulturelle Deutungsmuster stützen jeweils unterschiedliche Kontrollformen. Es ist von soziologischem Interesse, erstens den Bedingungen solcher Deutungsmuster nachzugehen, und zweitens zu erforschen, in welchem ursächlichen Verhältnis diese zu Einstellungsmustern und zu tatsächlichen Kontrollpraktiken stehen. Ich vergleiche zunächst auf der Seite der abhängigen Variablen Einstellungsmuster und staatliche Strafpraxis in den USA mit denen der Bundesrepublik Deutschland. Ich suche sodann nach einem soziologischen Erklärungsansatz, der Einstellungen und Praxis der Gegenwart und jüngeren Vergangenheit gerecht wird, wobei ich mich auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts konzentriere. Dabei rekonstruiere und erweitere ich ein theoretisches Modell über Versuche, die jüngere Punitivitätswelle in den USA zu erklären. Diese Versuche betonen gesellschaftliche Konflikte (Greenberg und Humphries 1980), Manipulationen öffentlicher Meinung durch Eliten (Chambliss und Sarbaro 1989; Beckett 1998) und die Empfänglichkeit der Öffentlichkeit für solche Manipulationsversuche infolge tiefer Verunsicherungen in der Alltagswelt der 1970er, 1980er und 1990er Jahre (Garland 2000; Tyler 1998). Ich zeige, wie ein adäquater Erklärungsansatz über diese neueren Versuche hinausgehen sollte, indem er kultursoziologische Argumente berücksichtigt (Kalberg 1987; Erikson 1966; Grasmick et al. 1993a; Grasmick et al. 1993b). Gleichzeitig muß dabei die Grenze solcher kultursoziologischer